

Stand: 07.02.2026 23:38:00

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/19638

"Förderprogramm flächendeckendes Mobilfunknetz - keine finanzielle Beteiligung der Kommunen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/19638 vom 13.12.2017
2. Plenarprotokoll Nr. 120 vom 13.12.2017
3. Mitteilung 17/20743 vom 01.02.2018



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte, Bernhard Roos, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild, Susann Biedefeld und Fraktion (SPD)**

Förderprogramm flächendeckendes Mobilfunknetz - keine finanzielle Beteiligung der Kommunen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, baldmöglichst ein neues Förderprogramm aufzulegen, welches die Wirtschaftlichkeitslücke beim Ausbau und beim Betrieb einer flächendeckenden Mobilfunkversorgung beseitigt.

Dabei soll besonderer Wert darauf gelegt werden, dass die Gebiete mit einer Mobilfunkabdeckung versorgt werden, die aufgrund der verpflichtenden Netzabdeckung von 97 Prozent nicht ausgebaut werden oder bei denen aufgrund einer zu geringen Endkundenzahl oder schwieriger Topografie ein Ausbau nicht attraktiv ist.

Das Programm schließt eine finanzielle Beteiligung der Kommunen aus, um sie nicht zusätzlich zu belasten.

Des Weiteren muss sichergestellt sein, dass die Mobilfunkanlagen auch nach Ende der Netzabdeckungsverpflichtung weiter betrieben werden.

Begründung:

Nicht nur zur Schließung für Netzbetreiber unwirtschaftlicher Mobilfunklücken in strukturschwachen und entlegenen Gegenden, sondern z. B. für eine Notfallversorgung ist ein flächendeckendes Mobilfunknetz überlebensnotwendig.

Der Antrag greift erneut die Forderung des am 26.10.2016 abgelehnten Antrags auf Drs. 17/11419 auf.

anzuzeigen. – Das ist die Fraktion der CSU. Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung der Fraktion der FREIEN WÄHLER ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN auf der Drucksache 17/19636 abstimmen. Wer diesem Dringlichkeitsantrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der SPD und Frau Kollegin Claudia Stamm (fraktionslos). Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und Herr Kollege Muthmann (fraktionslos). Stimmenthaltungen? – Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag ebenfalls abgelehnt.

Ich lasse nun abstimmen über den CSU-Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/19637. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER und der Kollege Muthmann (fraktionslos). – Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. –

Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltungen der Fraktion der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Claudia Stamm (fraktionslos) ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Ich darf darauf aufmerksam machen: Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/19616 mit 17/19622 sowie auf den Drucksachen 17/19638 mit 17/1941 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Weiterhin darf ich bekannt geben: Die Tagesordnungspunkte 21 mit 23 – das sind die Anträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Tiergerechte Mastgeflügelhaltung usw., auf den Drucksachen 17/18330, 17/18331 und 17/18493 – werden im Einvernehmen der Fraktionen von der heutigen Tagesordnung abgesetzt und auf die Sitzung am 25. Januar 2018 verschoben.

Ich rufe gemeinsam die **Tagesordnungspunkte 24 bis 27** auf:

Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Ruth Waldmann, Ruth Müller u. a. (SPD)
Zeit für Gerechtigkeit. Zeit für Queer II: Regelmäßige Berichte über die Gesundheit von schwulen Männern, lesbischen Frauen und Transgendern (Drs. 17/17797)

und

Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Martin Güll, Kathi Petersen u. a. (SPD)
Zeit für Gerechtigkeit. Zeit für Queer III: Lehrpläne für Altenpflegeschulen an queere Biografien anpassen (Drs. 17/17798)

und

Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Angelika Weikert, Doris Rauscher u. a. (SPD)
Zeit für Gerechtigkeit. Zeit für Queer IV: Schluss mit der staatlichen Diskriminierung von Schwulen und Lesben in Russland! (Drs. 17/17799)

und

Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Ruth Waldmann, Ruth Müller u. a. (SPD)
Zeit für Gerechtigkeit. Zeit für Queer V: Maßnahmen gegen Diskriminierung von Lesben und Schwulen in Altenpflegeheimen (Drs. 17/18139)

Es handelt sich dabei um das Antragspaket der Abgeordneten Zacharias, Waldmann, Ruth Müller und anderer betreffend das Themenpaket "Zeit für Gerechtigkeit. Zeit für Queer II bis V". Bezuglich der Unterbetreffs verweise ich auf die Tagesordnung und das Protokoll. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 36 Minuten. – Ich darf jetzt als Erster Frau Kollegin Zacharias das Wort erteilen. Bitte schön, Frau Kollegin.

Isabell Zacharias (SPD): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Frau Präsidentin, erschrecken Sie jetzt nicht, ich zitiere – nicht, dass Sie mich gleich rügen –: Du schwule Sau! – Das ist das meistgehörte Schimpfwort auf deutschen und auf bayerischen Schulhöfen. "Du schwule Sau" – also ein Schimpfwort, um eine Minorität – –

(Zuruf von der CSU: Das habe ich noch nie gehört!)

– Haben Sie noch nie gehört? Dann waren Sie noch nie auf einem bayerischen oder deutschen Schulhof.

Worte wie "Du Schwuler", "Du schwule Sau" sind immer noch täglich Teil der Diskriminierung, die junge Männer, junge Frauen an Schulen erleben müssen. Diskriminierung von schwulen und lesbischen, bi-, trans- und intersexuellen Menschen ist an der Tagesordnung, Kolleginnen und Kollegen. Wir haben unsere Anträge auch deswegen noch einmal hochgezogen, weil ich erschrocken bin. Erschrocken ist jetzt noch harmlos formuliert. Ich bin überrascht, mit welcher Argumentation die CSU unsere Anträge ablehnt, und genauso erschrocken bin ich, mit welchen Argu-



Mitteilung

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher,
Annette Karl, Natascha Kohnen u.a. und Fraktion (SPD)**

Drs. 17/19638

Förderprogramm flächendeckendes Mobilfunknetz – keine finanzielle Beteiligung der Kommunen

Der Dringlichkeitsantrag mit der Drucksachenummer 17/19638 wurde zurückgezogen.

Landtagsamt